A3 III. WIRTSCHAFT

Gremium: Kreisvorstand
Beschlussdatum: 16.02.2019

Text

Die Wirtschaftsförderung muss auch weiterhin einen außerordentlichen Stellenwert einnehmen. Dabei sehen wir Ökonomie und Ökologie in einem untrennbaren, zukunftsfähigen Zusammenhang. Als vordringlich sehen wir unter anderem folgende Maßnahmen:

Besondere Förderungen für kleine Gewerbe und Unternehmen, ständige Information, Transparenz und Effizienz im Zugang zu Fördermaßnahmen, weitere Bestandsaufnahme von Brachflächen und Baulücken, sowie die Sanierung von mit Altlasten verseuchten Flächen.

Die vorrangige Nutzung von Brachflächen und Baulücken sowie sanierten (vormals mit Altlasten verseuchten) Flächen für Neuansiedlungen ist zu gewährleisten. Ansiedlungen von Gewerbe und Industrie auf der grünen Wiese erteilen wir eine Absage und auch für Wohnstandorte hat Innenentwicklung Vorrang.

Wir verstehen besonders die Regionen Riesa und Gröditz als Industriestandorte, fordern aber auch hier, dass Auflagen im Rahmen der Betriebsgenehmigung überprüft und eingehalten werden. Innenstädte sollen wieder attraktiver werden, indem sie zum Einen verkehrsberuhigt werden, zum anderen aber Busse eine preisgünstige Verbindung zwischen Innenstadt und Parkflächen am Rande dieser herstellen.

Parkflächen in unmittelbarer Nähe von Innenstädten und Bahnhöfen sollten auch weiterhin kostenfrei bzw. extrem kostengünstig sein. Verbindliche ökologische und soziale Kriterien im Landkreis sollen entwickelt werden, die bei allen öffentlichen Beschaffungen, Baumaßnahmen und Auftragsvergaben sowie bei landkreiseigenen wirtschaftlichen Aktivitäten Anwendung finden. Insbesondere für Baumaßnahmen sind die Maßstäbe des Bewertungssystems Nachhaltiges Bauen (BNB) des Bundes anzuwenden. Seit nunmehr fast 15 Jahren gibt es in unserer Region verstärkt Bemühungen von verschiedenen Firmen, die reichen Bodenschätze, wie Kies, Kiessand, Grauwacke und anderes zu fördern. Diese wurden durch das bis 1996 geltende Bergrecht begünstigt. Oftmals werden Anträge zum Gesteinsabbau auch für ökologisch hoch sensible Gebiete gestellt. Diese dürfen nicht oder nur mit verschärften entsprechenden Auflagen gestattet werden.

Wir setzen vielmehr auf Recycling von Bauschutt, Altschotter und anderen Baumaterialien. Solche Gewerbe schaffen mindestens soviel Arbeitsplätze, wie der Gesteinsabbau in der unberührten Natur. Bürgerinitiativen vor Ort finden unsere konkrete Unterstützung in Sach- und Rechtsangelegenheiten.

Dem Raubbau in Auenlandschaften muss Einhalt geboten werden. Dies dürfte nicht zuletzt auch eine der Lehren aus den vergangenen Hochwassern sein.